



Nationaler IT-Gipfel

18. Dezember 2006

Hasso-Plattner-Institut Potsdam

Potsdamer Initiative für den IKT-Standort Deutschland

Der IT-Gipfel setzt ein gemeinsames Signal von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft: Der IKT-Standort Deutschland soll an die Weltspitze kommen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen Politik und Wirtschaft gemeinsam neue Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze eröffnen, zukunftssträchtige Wachstumsfelder mutig entwickeln und die erfolgskritischen Handlungsfelder angehen. Hierzu ist ein 12-Punkte-Programm mit einem ersten Bündel von Maßnahmen erarbeitet worden, dessen Umsetzung Politik, Wirtschaft und Wissenschaft als gemeinsame Verantwortung verstehen.

1. Wir brauchen Mut zum Fokus auf diejenigen Innovations- und Wachstumsthemen, die auf bestehenden Stärken aufbauen und die über weltweite Wettbewerbsfähigkeit Marktführerschaft ermöglichen: auf eingebettete Software/Systeme ("Embedded Software"), auf integrierte IKT-Services für Information und Kommunikation, auf das Zusammenspiel von hoch entwickelter Technik, Design und Inhalten ("Digital Lifestyle") sowie auf neue Sicherheitstechnologien. In diesen Wachstumsfeldern gilt es, gezielt Cluster als Verbund von "global leaders" und kleinen, innovativen Unternehmen mit Wissenschaft und Forschung zu entwickeln und zu fördern.

2. Mit dem Programm „Informationsgesellschaft Deutschland 2010 (iD2010)“ wird die Bundesregierung die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für die IKT-Branche gezielt verbessern, die Integration von Bürger und Staat in die Informationsgesellschaft beschleunigen, eine sichere Informationsgesellschaft schaf-

Nationaler IT-Gipfel

18. Dezember 2006

Hasso-Plattner-Institut Potsdam

fen, sowie die Innovationspotentiale durch IKT-Forschung ausbauen und IKT-Investitionen stärken.

Im Rahmen der Hightech-Strategie wird die Bundesregierung in den Jahren 2006 - 2009 für IKT knapp 1,2 Mrd. Euro für ihre Technologie- und Forschungsförderpolitik zur Verfügung stellen. Forschung und Anwendung werden besser verzahnt, neue Schwerpunkte in der Forschungsförderung gesetzt und strategische Allianzen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik geschlossen. Bis zur CeBIT werden hierzu gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik konkrete Vorschläge erarbeitet.

3. Die neuen Chancen durch die Konvergenz von Sprache und Daten, von Festnetz und Mobilfunk sowie von Telekommunikation und Medien sollen stärker genutzt werden: durch neue Dienste für Bürger und Unternehmen auf Basis einer weltweit führenden technischen Infrastruktur, durch die Digitalisierung der Medieninhalte und Vertriebskanäle und durch den Aufbau netzwerkorientierter Softwarekompetenz. Die Bundesregierung schafft geeignete Rahmenbedingungen für Wettbewerb, Innovationen und Investitionen.

4. Um Weltspitze zu werden, müssen wir die Toptalente für Deutschland gewinnen. Nur durch offensives Werben für den Standort Deutschland, angemessene Einreiseregulungen, mehr Stipendien und attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen gewinnen wir die weltweit besten Köpfe für Deutschland. Zugleich sind mehr Investitionen in Talente erforderlich: durch die Stärkung der schulischen Ausbildung und Schaffung einer neuen Begeisterung für IT und Technik, durch die Verbreiterung der Hochschulausbildung mit höchstem Qualitätsanspruch und durch mehr Investitionen der Unternehmen in Talentmanagement.

5. Durch eine Ausweitung und Beschleunigung der Initiative "Deutschland-Online" wird Deutschland beim E-Government von einem Platz im Mittelfeld an die europäische Spitze kommen. Ab 2012 sollen Transaktionen zwischen Verwaltung und Wirtschaft in aller Regel nur noch elektronisch abgewickelt werden. Der Ausbau einer hocheffektiven öffentlichen Verwaltung wird durch moderne IKT-Lösungen vorangebracht: mit einem bürgerfreundlichen Bundesmelderegister als Hilfestellung für die sichere und eindeutige Identifikation und Authentifizierung bei elektronischen Geschäftsprozessen, dem fälschungssicheren elektronischen Personalausweis sowie der Einrichtung von digitalen Bürgerportalen und einheitlichen Telefonservicenummern zur leichteren und schnelleren Nutzung von Dienstleistungen der öffentlichen Hand. Bei der anstehenden zweiten Stufe der Föderalismusreform soll beraten werden, an welchen Stellen eine IT-basierte gemeinschaftliche Erledi-

Nationaler IT-Gipfel

18. Dezember 2006

Hasso-Plattner-Institut Potsdam

gung von Teilaufgaben sinnvoll sein kann. Hierfür sind Bund, Länder und Kommunen übergreifende Kommunikationsinfrastrukturen aller Behörden notwendig.

6. Wir brauchen Mut zu Leuchtturmprojekten auch bei hoch innovativen technologischen Anwendungen, welche die identifizierten Wachstumsfelder nachhaltig unterstützen. Die Bundesregierung stellt für die folgenden neuen Projekte insgesamt rund 280 Mio Euro zur Verfügung:

- Strategisches Ziel des Projektes "Theseus" ist die Entwicklung und Erprobung neuer Suchtechnologien und integrierter IKT-Services für das Internet der nächsten Generation ("Internet der Dienste"). In dem gemeinschaftsprojekt sollen innovative Technologien in standortstarken Branchen wie Software, Medien und Maschinenbau zu international wettbewerbsfähigen Lösungen entwickelt werden. Nach Abschluss der Planungs- und Finanzierungsphase soll das Projekt Anfang 2007 starten.
- Die Funkerkennungstechnologie „RFID“ ist geeignet, viele Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Sektors zu modernisieren und zu einem „Internet der Dinge“ zu verbinden. Um den technologischen Vorsprung Deutschlands zu erhalten, etabliert die Bundesregierung eine RFID-Dialogplattform, in der sie mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft das Vorgehen bei verschiedenen Technologieförder- und Forschungsprojekten sowie Initiativen koordiniert. Sie richtet außerdem eine hochrangige europäische RFID-Expertenkonferenz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Ende Juni 2007 aus.
- Der Technologiewettbewerb „E-Energy“ wird die effizientere Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Elektrizität durch innovative IKT-Lösungen unterstützen und soll mit mehreren Verbundprojekten in Zusammenarbeit mit der Energiewirtschaft Anfang 2007 starten.

7. Erforderlich sind ein professionelles Management von Großprojekten, eine effektive Umsetzungsorganisation und ausreichende Ressourcen für die Projektsteuerung. Dazu gehört die Einrichtung von zentralen IT-Verantwortlichen in den Bundesministerien für deren gesamte Geschäftsbereiche. Die IT-Strategie und – Architektur der Bundesverwaltung soll stärker als bisher in der Bundesregierung gebündelt und koordiniert werden. Auf Bitte der Bundeskanzlerin erarbeitet dazu Bundesminister Dr. Schäuble mit Bundesminister Steinbrück ein Konzept.

Nationaler IT-Gipfel

18. Dezember 2006

Hasso-Plattner-Institut Potsdam

8. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen aus Deutschland werden zunehmend durch moderne IKT-Systeme und – Anwendungen bestimmt. Erforderlich sind anwenderorientierte, auf die spezifischen Bedürfnisse von KMUs zugeschnittene IKT-Lösungen. Die IKT-Politik der Bundesregierung wird zudem insbesondere den raschen Transfer von Innovationen unterstützen und den Zugang von KMUs zu staatlicher Forschungsförderung erleichtern.

9. Durch den Einsatz von IKT-Technologien im Gesundheitssystem (eHealth) können Qualitätsverbesserungen für die Patienten ermöglicht und gleichzeitig die Gesamtwirtschaftlichkeit gesteigert werden. Mit dem Aufbau einer Telematik-Plattform im Gesundheitswesen wird erstmals eine vollständige Vernetzung aller an der Versorgung Beteiligten ermöglicht. Die Bundesregierung wird die hierfür notwendigen Abstimmungsprozesse zwischen den Beteiligten unterstützen. Ein Masterplan "eHealth für Nutzung und Anwendung von IKT im integrierten Gesundheitsmarkt" soll die elektronische Abwicklung aller Dienstleistungen nachhaltig fördern.

10. Sicherheit und Vertrauen sind Grundvoraussetzungen für die Nutzung von IT und Internet. Mit der Gründung des „Deutschland sicher im Netz e.V.“ durch Vertreter aus Wirtschaft, NGOs und Verbänden wird eine herstellerübergreifende und produktneutrale Plattform geschaffen. Der Verein wird sich der Sensibilisierung und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen rund um IT- und Internetsicherheit annehmen. Der Bundesinnenminister wird die Schirmherrschaft über den Verein übernehmen.

11. Durch eine Qualitätsoffensive und die Vergabe eines Qualitätssiegels für Serviceleistungen von Call-Centern werden Kundennutzen und Verbraucherschutz verbessert. Hierfür sollen Qualitätsstandards in der After-Sales Betreuung entwickelt werden. Ziel muss es sein, die Call-Center auf die Bedürfnisse der Verbraucher einzustellen, insbesondere die Sach- und Lösungskompetenz der Call-Center zu erhöhen sowie die Wartezeiten zu verkürzen. Auch muss eine erhöhte Transparenz in der Preisgestaltung geschaffen werden.

Nationaler IT-Gipfel

18. Dezember 2006

Hasso-Plattner-Institut Potsdam

12. Weitere gemeinsame IT-Referenzprojekte mit sichtbarer Modernisierungswirkung sollen entwickelt werden. Dazu gehört auch eine stärkere Fokussierung der Außenwirtschaftsförderung und des Standortmarketing auf den IKT-Standort Deutschland.

Die Bundesregierung wird ihre IKT-Politik im Rahmen des neuen Programms „Informationsgesellschaft Deutschland 2010 (iD2010)“ in einem hochrangigen Koordinierungskreis unter Leitung des BMWi mit den Kernressorts und in engem Dialog mit der IKT-Wirtschaft fortentwickeln. Dabei sollen auch insbesondere die Ergebnisse des IT-Gipfels berücksichtigt werden.

Bundesregierung und Wirtschaft begreifen dieses Handlungsprogramm als gemeinsame Verpflichtung. Die hochrangige Zusammenarbeit mit der Bundesregierung zu den auf dem IT-Gipfel identifizierten Themen soll fortgesetzt werden. Bis zur CeBIT 2007 werden die Ergebnisse des Handlungsprogramms weiter detailliert, in ein konsistentes Konzept umgesetzt und für die Leuchtturmprojekte stringente Umsetzungskonzepte erarbeitet.